



Glutamat: Viele warnen davor, aber auch zu Recht? Seite 27



Wolkenkratzer: Die Krise frisst ihre Stockwerke Seite 20



Buch: CDU-Mann Röttgen macht den Deutschen Hoffnung Seite 7

ZIPPERT zappt

Konzernkreisen zufolge steht die Deutsche Telekom vor einem tief greifenden Umbau. Es ist geplant, das Festnetz- und das Mobilfunkgeschäft zusammenzulegen. Experten fragen sich, ob das wohl gut gehen kann und was das überhaupt bedeutet? Konzernchef Obermann erklärte, schon in Kürze solle es möglich sein, Klingeltöne auf dem Festnetzanschluss zu hören. Immer wenn jemand von außerhalb anruft, könne es dann klingeln. Außerdem wird es möglich sein, mit dem Festnetzanschluss Fotos zu machen. Wer noch ein altes Bakelittelefon mit Wählscheibe hat, kann natürlich nur Schwarz-Weiß fotografieren, aber immerhin auf Diafilm. Noch ist nicht ganz klar, ob als Ergebnis der Zusammenlegung die Mobiltelefone demnächst alle mit einem Kabel versehen werden müssen. Wenn, dann wird es ein sehr dünnes sein, das man bequem in einem Rucksack mit sich führen kann. Vielleicht müssen aber auch alle Festnetztelefonier die Kabel von ihren Geräten abschneiden, um den Empfang zu vereinfachen. Sicher ist, das Festnetztelefon wird kleiner, flacher und aufklappbar werden, und wenn man das Wort „Tunnel“ erwähnt, bricht die Verbindung sofort ab.

Ein Storch wird kommen



Alle Jahre wieder – kommen die ersten Störche und hört man die Wildgänse am Himmel schnattern oder sieht, wenn man Glück hat, ihre typischen Einserformationen. Doch zurück zum Storch auf diesem Bild. Er heißt Jonas und steuert seit Jahren den Storchhorst im sachsen-anhaltinischen Loburg an. Diesmal kam er aus Spanien, wie Storchenexperte Christoph Kaatz felsenfest behauptet. Am 1. März beginnt der meteorologische Frühling. Wie tröstlich.

Kommentar
Frühe Stärke, frühes Leid

Von Thomas Schmid

Es ist den deutschen Liberalen eigentümlich, dass sie zwischen Jubel und Niedergeschlagenheit schwanken. Viele Jahre lang sah es so aus, als könnte für die FDP über kurz oder lang das Ende kommen. Sie galt – zu Unrecht – als Umfallerpartei, die keinen wirklichen Überzeugungen folgte, sondern nur an der puren Regierungsbeteiligung interessiert sei. Irgendwann – hoffte mancher – würde sich das herumgesprochen haben, und die Partei würde nicht mehr die Kraft haben, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Zumal es ja noch die Grünen gab, die sich aufdringlich als die wahren Erben des Liberalismus anboten. Die zwei Worte FDP und Sterbeglocklein waren zeitweise geradezu Synonyme.

Jetzt aber sind wir wieder in einer Phase, in der die FDP vor Kraft zu strotzen scheint. Sie war zwar in dreieinhalb Jahren Opposition nicht allzu auffällig. Doch die pure Tatsache, dass eine große Koalition regiert, gab ihr Auftrieb. Und das in ganz ungewöhnlicher Weise. Denn wer hätte gedacht, dass sich ausgerechnet die Liberalen beharrlich als die stärkste der drei Oppositionsparteien etablieren würden? Noch dazu mit einem Programm, das klar der privaten Initiative den Vorrang gibt vor dem Gestaltungswillen des Staates. Auf unauffällige Weise war mitten in der sich auftürmenden Krise der liberale Gedanke attraktiv geworden. Fast ein Wunder.

Und doch: Es sieht ganz so aus, als komme die FDP gerade wegen ihrer aktuellen Stärke in den Meinungsumfragen in die Bredouille. Denn möglicherweise macht der Wähler die Enttäuschungserfahrungen, die er mit Parteien in der Regel nach der Wahl sammelt, dieses Mal schon vor der Wahl. Um staatsstragend zu sein, wird die FDP, wenn auch maulend, die großen großkoalitionären Krisenprogramme auf irgendeine Weise mittragen. Das aber lässt das Profil unscharf werden. Und die SPD kann spotten, was das wohl für eine Oppositionspartei sei, die zwar unbedingt regieren wolle – die aber die Politik der Koalition mitträgt, die sie ablösen will. Man sieht: Frühe Stärke kann hinderlich sein.

thomas.schmid@welt.de

Depression wird Volkskrankheit Nummer eins

Vor allem junge Frauen betroffen – EU-Staaten vernachlässigen Forschung und Behandlung

Von Stefanie Bolzen

BRÜSSEL – Fast 21 Millionen Menschen in der Europäischen Union leiden an Depressionen. Von keiner anderen Krankheit sind die EU-Bürger so lange Zeiträume betroffen. Hirnleiden wie Depressionen oder Demenz verursachen gesamtgesellschaftliche Kosten, die weit über denen von Krebskrankungen liegen.

Diese Ergebnisse stellte am Mittwoch eine Expertengruppe des European Brain Council (EBC) in Brüssel vor. Jeder vierte

EU-Bürger wird demzufolge in seinem Leben zumindest kurzzeitig depressiv. Ein Drittel der Betroffenen unternimmt irgendwann einen Selbstmordversuch. Pro Jahr nehmen sich in der EU etwa 59 000 Menschen das Leben.

Den Forschungsergebnissen zufolge steigt die Depression im Jahr 2020 zur Volkskrankheit Nummer eins auf. Dies liegt auch daran, dass die Menschen in Europa immer älter werden. Zahlennmäßig am stärksten betroffenen von Depressionen sind allerdings Frauen im Alter zwischen 30 und

44 Jahren, darunter vor allem verheiratete Mütter. Bei verheirateten Vätern in der Altersgruppe ist das Risiko hingegen nur halb so groß. Den Forschern zufolge geben Frauen die Krankheit zudem weiter: Kinder depressiver Mütter haben ein drei Mal höheres Risiko, später selbst zu erkranken.

Dass Krankheiten wie Demenz und Depressionen nach wie vor stigmatisiert sind, hat direkte Folgen für die Betroffenen. So wird für die Erforschung und Behandlung von Krebs in den EU-Staaten der Studie zufolge doppelt so viel

Geld ausgegeben. „Kaum die Hälfte der Kranken bekommt eine adäquate Behandlung“, beklagt der Dresdner Professor für Klinische Psychologie und Psychotherapie, Hans-Ulrich Wittchen. In einigen EU-Ländern wie etwa Griechenland existiert gar keine öffentlich zugängliche Betreuung.

Dabei müsste der Gesetzgeber großes Interesse haben, dass Prävention und Behandlung verbessert werden. Denn der volkswirtschaftliche Schaden ist groß, weil sich die Krankheit einschneidend auf die Produktivität des Arbeit-

nehmers auswirkt. In den USA hingegen hätten Arbeitgeber erkannt, dass sich Beratungsmöglichkeiten für die Angestellten nach kurzer Zeit auszahlen, so Wittchen. Den EBC-Forschern zufolge werden aufgrund der aktuellen Wirtschaftskrise nicht mehr Menschen depressiv. Bereits Betroffene litten aber länger und stärker. Auch in Deutschland fehlen nach Angaben der AOK immer mehr Arbeitnehmer wegen psychischer Probleme.

Seite 10: Schwerpunkt

Politik
Böhrnsen fordert Reichensteuer



Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) hat sich als erster Ministerpräsident für eine Börsenumsatzsteuer und einen höheren Spitzensteuersatz ausgesprochen. Seite 2

Seehofer gibt den Populisten

Auf dem Politischen Aschermittwoch in Passau fordert der CSU-Chef Volksabstimmungen über EU-Entscheidungen. Seite 3

Hochwürden kehrt heim

Der Holococaust-Leugner Bischof Richard Williamson ist zurück in London. Seite 5

Forum

Fasten ist mehr als Diät

Christliches Fasten ist keine neue Diätform, sondern eine Zeit der Besinnung, sagt Bischöfin Margot Käßmann. Seite 6

Finanzen

Guter Gewinn für Deutsche Börse

Das Dax-Unternehmen weist trotz der Finanzkrise ein Rekordergebnis von einer Milliarde Euro aus. Seite 17

Wissenschaft

Seuthopolis taucht wieder auf

Die Stadt war in einem Stausee versunken. Er soll jetzt trockenfallen. Seite 27

Aus aller Welt

Bruchlandung fordert neun Tote

Beim Landeanflug auf Amsterdam ist eine Maschine der Turkish Airline verunglückt. Auch die drei Piloten starben. Seite 28

Magazin

Ein drittes Kind im Knast



Svetlana Bachmina arbeitete für den Yukos-Konzern. Sie wurde verhaftet, verurteilt und sitzt seit vier Jahren im Gefängnis. Dort brachte sie jetzt ihr drittes Kind zur Welt. Seite 8

Börse

Dax nach US-Zahlen im Minus

Der Dax hat seine Talfahrt gestern wieder aufgenommen. Nach enttäuschenden Daten vom US-Immobilienmarkt rutschte der Leitindex tief in die Verlustzone. Seite 19

DAX	EURO	DOW
Xetra-Schluss	EZB-Kurs	15.50 Uhr/NY
3846,21 Punkte	1,2795 US-\$	7381,44 Punkte
-1,27%	+0,25%	+0,41%

WELT ONLINE

So lief Bayern Münchens Champions-League-Partie bei Sporting Lissabon: welt.de/sport

Deutsche Post rutscht tief in die roten Zahlen

BONN – Die Deutsche Post AG ist im Jahr 2008 erstmals seit ihrem Börsengang tief in die rote Zahlen gerutscht. Der Konzern gab den Nettoverlust gestern mit knapp 1,7 Milliarden Euro an. Ein Jahr zuvor hatte noch ein Gewinn nach Steuern von 1,38 Milliarden Euro zu Buche geschlagen. Allein im vierten Quartal sei das Ergebnis mit einem Minus von fast 3,2 Milliarden Euro massiv eingebrochen. rtr

Seite 13: Bericht

Staatsdefizit höher als erwartet

Stärkster Einbruch der Wirtschaft seit der Wiedervereinigung

BERLIN – Die deutsche Wirtschaft ist wieder deutlich geschrumpft. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) reduzierte sich im vierten Quartal des vergangenen Jahres gegenüber dem Vorquartal um 2,1 Prozent, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte. Es handelt sich demnach um den stärksten Einbruch der Wirtschaft seit der Wiedervereinigung.

Insgesamt hat Deutschland im vergangenen Jahr mit einem weit aus größeren Defizit beim Staats-

haushalt abgeschlossen als zunächst angenommen. Das Finanzierungsdefizit des Staates betrug nach vorläufigen Zahlen 3,3 Milliarden Euro. Im Januar hatten die Statistiker noch ein Defizit von 1,6 Milliarden Euro errechnet. Die Korrektur nach oben sei insbesondere auf neue Informationen zum Steueraufkommen zurückzuführen, das infolge des Konjunkturreinbruchs sank. Auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale wirk-

te sich negativ aus. Aber auch nach den neuen Zahlen betrug die Defizitquote 0,1 Prozent vom BIP.

Angesichts der Finanzkrise hat sich eine EU-Expertengruppe für eine gestärkte europäische Branchenaufsicht ausgesprochen. Bereits bestehende EU-Ausschüsse für Banken, Versicherungen und Finanzmärkte müssten unabhängig werden und begrenzte Machtbefugnisse erhalten. DW

Seite 9: Berichte

Wieder 18 Prozent: FDP bleibt auf ihrem Höhenflug

HAMBURG – Zum dritten Mal in Folge hat die FDP bei der wöchentlichen Forsa-Umfrage im Auftrag des „Sterns“ 18 Prozent erreicht. Die Union steht bei 34 Prozent, sodass das bürgerliche Lager weiterhin eine Mehrheit von 52 Prozent hat. Die SPD legt einen Punkt auf 23 Prozent zu. Die Linke fällt um einen Punkt auf 11 Prozent. Die Grünen erreichen wie in der Vorwoche 10 Prozent. dpa

Siehe Kommentar

Heldentaten für immer und ewig

Russland will Kritik am Sieg der Sowjets im Zweiten Weltkrieg unter Strafe stellen

Von Manfred Quiring

Russland kämpft um seine Geschichte. Genauer, um deren Interpretation aus Sicht des Kreml. Denn die sei in Gefahr, meint Sergej Schoigu, Minister für Katastrophenschutz im Range eines Generalobersts. Bei einem Treffen mit Kriegsveteranen entristete er sich darüber, dass „die Ergebnisse des Krieges, die Verdienste und Heldentaten des sowjetischen Volkes“ gelehrt würden.

Dem will Schoigu, der mit seinen Katastrophenschutzeinheiten praktisch über eine eigene, sehr flexibel einsetzbare Armee ver-

fügt, einen gesetzlichen Riegel vorschoben. Wer den Sieg der UdSSR im Zweiten Weltkrieg leugne, sollte strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, forderte der Minister und kündigte noch für dieses Jahr die Vorlage eines entsprechenden Gesetzesentwurfes an.

Nun bezweifelt wohl kaum jemand, dass die Sowjetarmee Hitlerdeutschland im Zweiten Weltkrieg – in Russland heißt der Krieg zwischen 1941 und 1945

der Große Vaterländische – vernichtend geschlagen hat. Aber es stößt der russischen Führung sauer auf, dass nicht alle europäischen Völker die von Moskau reklamierte „Befreiung vom Faschismus“ auch als Befreiung empfinden. Vor allem in den baltischen Staaten, die noch vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, also vor dem 22. Juni 1941, von der Roten Armee überrollt wurden, zieht man den Begriff der Okkupation



Siegedenkmal auf Tallinns Freidhof

vor. Die Esten erdreisteten sich sogar, das sowjetische Siegesdenkmal aus dem Stadtzentrum von Tallinn auf einen Soldatenfriedhof zu verlagern. Moskau empfindet das als Angriff auf fundamentale Werte. Die Gesellschaftskammer, ein Beratungsorgan des Kremlchefs, würde gern daher an der Erstellung eines „fundamentalen Dokuments“ zur Rolle der UdSSR im Zweiten Weltkrieg mitwirken, das Gesetzeskraft erhalten sollte. Dann, so Schoigu, könnten Präsidenten von Ländern, die die „Heldentaten unserer Väter und Großväter“ leugnen, Russland nicht mehr ungestraft besuchen.

Club Med
WELTWEIT URLAUBSGLÜCKLICH

Traumhafte Club-Resorts weltweit

Exzellentes Preis-Leistungs-Verhältnis

Zahlreiche Sportaktivitäten

WOLKEN IM RÜCKEN, SONNE IM GESICHT.
JETZT BIS ZU € 500,-
BEIM URLAUB ZU ZWEIT SPAREN.

Jetzt verlängert! Buchen Sie bis zum 30.04.2009 und sichern Sie sich Ihren Schnellbucher-Vorteil*!

* Fermi-Vorteil: Preisvorteil von € 250,- pro Erwachsenen/Jugendlichen (12 bis unter 18 Jahre) und € 125,- pro Kind (4 bis unter 12 Jahre). Nächtliche Preisvorteil von € 150,- pro Erwachsenen/Jugendlichen (12 bis unter 18 Jahre) und € 75,- pro Kind (4 bis unter 12 Jahre). Der Schnellbucher-Vorteil wird einmalig pro Person (ab 4 Jahren) während der gesamten Sommerferien und für Aufenthalte von mindestens 7 Nächten auf den Aufenthaltspreis in ausgewählten Club-Resorts gewährt. Limitierte Plätze pro Woche und Club-Resort! Bei Umbuchungen nach dem 30.04.2009 entfällt die Ermäßigung. Dieser Vorteil ist nicht mit weiteren Angeboten kombinierbar (Ausnahme: Single-Vorteil, Upgrade-Vorteil sowie Verlängerer-Vorteil). Mehr Informationen auch in Ihrem Reisebüro und unter Telefon 01803/633633 (P. Cl./Min. aus dem dt. Festnetz).

www.clubmed.de

MORE INCLUSIVE

